

Kinderarmut

Ein Blick in den Cottbuser Sozial- und Bildungsdatenreport 2023

Ein Wort das betroffen macht. Und dann will DIE LINKE damit Politik machen? Was heißt hier „will“ - sie muss es tun. Welche politische Kraft kümmert sich denn sonst ernsthaft darum?

Aber - jetzt mal sachlich - worum geht es eigentlich?

Im Sozial- und Bildungsdatenreport von 2023 der Stadt Cottbus (Internet unter: www.cottbus.de/aktuelles/statistik) sind klare Zahlen veröffentlicht. Die Fraktion DIE LINKE hatte die Aktualisierung des Berichtes angemahnt. In unserer Stadt sind aktuell 18,3 % der gut 14.500 Kinder im Alter von 0 - 18 Jahren armutsgefährdet. Die höchste Zahl unter den kreisfreien Städten und über dem Landesdurchschnitt. Aber was bedeutet das denn nun im Leben? Ein Eis weniger, mal nicht ins Kino gehen, keine schicken Designerklamotten, nicht nach Malle im Urlaub? Wenn's nur das wäre. Nein, es ist komplexer. Es ist zahlenmäßiger Ausweis eines schleichenden Prozesses. Daran hängen Gesundheit, Bildung, soziale Teilhabe und und und - also Zukunft. Zukunft einzelner Mädchen und Jungen, Zukunft von Familien und letztlich auch Zukunft von Gesellschaft.

Gesundheit: da gibt's keine Bioprodukte, sondern Essen nach Billigangebot, leider auch viel Fastfood,



In Cottbus sind 18,3 % der Kinder armutsgefährdet, 2020/21 lebten etwa 14.500 Kinder zwischen 0 - 18 Jahren in der Stadt. Foto: Canva

ungesunde Gewohnheiten werden kultiviert. Dem Bericht zu Folge sind 30,1% der Schulabgänger von Übergewicht betroffen, 30,6 % haben kontrollbedürftigen Blutdruck; Tendenz steigend. Folgeerkrankungen sind vorprogrammiert.

Bildung: Ein direkter Zusammenhang mit der Entwicklung der Zahlen der Rückstellungen (Mädchen und Jungen, die wegen Entwicklungsdefiziten verspätet eingeschult werden) ist nicht nachweisbar, liegt aber nahe. Sie steigen Jahr für Jahr. Waren es 2015 noch 103, so sind es 2020 schon 186. Bildung heißt eben auch von klein auf Bücher, mal ein Museumsbesuch oder in den Tierpark gehen. Trotz vergünstigter Eintrittspreise - es kostet. Von rund 9.000 Schülerinnen und Schülern in der Stadt Cottbus haben 765 einen Unterstützungsbedarf, der auf Bildung zielt. Tendenz steigend. Hier wendet die Stadt viel Geld auf, kann

aber nicht alles „reparieren“. Land und Bund sind in der Pflicht. Sicher gibt es das Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“. Das ist gut so, aber gleichzeitig auch ein soziales Alarmsignal. Die weiterführende Bildung: für Cottbus gibt es keine klaren Zahlen. Bundesweite Studien sagen, dass rund 80% der Studienanfänger an Universitäten aus Akademikerfamilien kommen. Cottbus wird wohl nicht grundsätzlich anders dastehen.

Soziale Teilhabe: Die Mitgliedschaft im Sportverein, der Tanzkurs, Freizeit in der Lagune, Ferienfahrten im Sommer usw. - wenn das Geld knapp ist, fällt das eben aus. Viele Kinder können mit ihren Altersgenossen auch da nicht mithalten. Pech gehabt?!? Nein, so darf Zukunft nicht aussehen.

Bertold Brecht sagt ironisch: „Nur wer im Wohlstand lebt, lebt ange-

nehm.“ Nein, es geht nicht darum, dass alle Leute Millionäre sind. Aber von seiner Arbeit leben können, mit seinem Einkommen den Kindern eine Zukunft bieten können, das ist es doch.

Noch mal aus dem Report: In Cottbus lag in 2019 das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr bei 20.157 €. Also Netto je Mensch. Es gibt aber eine Schere, eine gewaltige! Monatlich unter 700,00 € lagen 8.600 Menschen. Etwa 17.000 Personen hatten zwischen 700 und 1.100 € zum Ausgeben. Knapp die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt (Kinder und Erwachsene) liegen deutlich unter dem Durchschnitt von 20.157 €.

Ein (vielleicht) gewagter Ausblick, wenn diese Entwicklung so weitergeht. Es gibt da solche pessimistischen Zukunftsfilme. Eine gut gebildete Elite herrscht unter Zuhilfenahme moderner Technik über eine graue Masse, die ungebildet und aggressiv ist. Endzeitstimmung. Ist das nur Ausgeburt einer blühenden Phantasie? DIE LINKE will soziale Gerechtigkeit. Nicht Gleichmacherei, aber Chancengleichheit.

Eberhard Richter
Fraktion DIE LINKE in der StVV
Cottbus
Vors. d. Ausschusses für
Soziales, Gesundheit und
Rechte der Minderheiten

Rechtsextremismus

Lippenbekenntnisse reichen nicht

Der rechten Menschenjagd auf mutige Lehrer*innen müssen Politik, Behörden und Zivilgesellschaft konsequent begegnen und vor allem Solidarität zeigen

Rund drei Monate nach dem Schreiben eines Brandbriefs über rechtsextreme Vorfälle verlassen die beiden Lehrer*innen Max Teske und Laura Nickel aufgrund von Anfeindungen der rechten Szene und aus Angst vor Übergriffen die Schule in Burg im Spreewald.

Es darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass rechte Strukturen, Propaganda und Angriffe den öffentlichen Raum prägen. Mit Hetzstickern, feigen anonymen Instagram-Accounts und Elternbriefen wird eine regelrechte Menschenjagd auf Lehrer:innen eröffnet, die mit Mut und Verantwortungsbewusstsein das tun, was nach § 4 des Schulgesetzes wesentliche Aufgabe ist: In der Schule für die Achtung und Verwirklichung der Werteordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Brandenburg einzutreten. Genau das haben die beiden Lehrer:innen getan

und genau dafür laufen sie jetzt Spießbruten. Sie haben öffentlich gemacht, dass das Klima an ihrer Schule nicht mehr selbstverständlich von den Werten unserer demokratischen Kultur geprägt ist, sondern Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie immer mehr Raum greifen. Die folgende Welle von Meldungen rechtsextremer Vorfälle aus Schulen an die Schulämter zeigt, wie groß das Problem ist.

Der Versetzungsantrag der beiden Kolleg:innen in Burg macht deutlich: Es reicht nicht, wenn Bildungsminister und Schulämter erklären, dass sie sich theoretisch in jeder Hinsicht vor die Kolleg:innen stellen. In Burg hat die Hütte nachweislich schon im April gebrannt. Der Bildungsminister ist mit zwei Monaten Verspätung zum ersten Besuch eingetroffen. Das funktioniert nicht! Geboten sind sofortige Präsenz, Solidarität, klare Haltung und direkte Unterstützung vor Ort. Lehrkräfte, die sich Rechtsextremist:innen offen entgegenstellen, müssen sicher sein, dass sie geschützt werden. Hier haben Ministeri-



Foto: Ben Gross

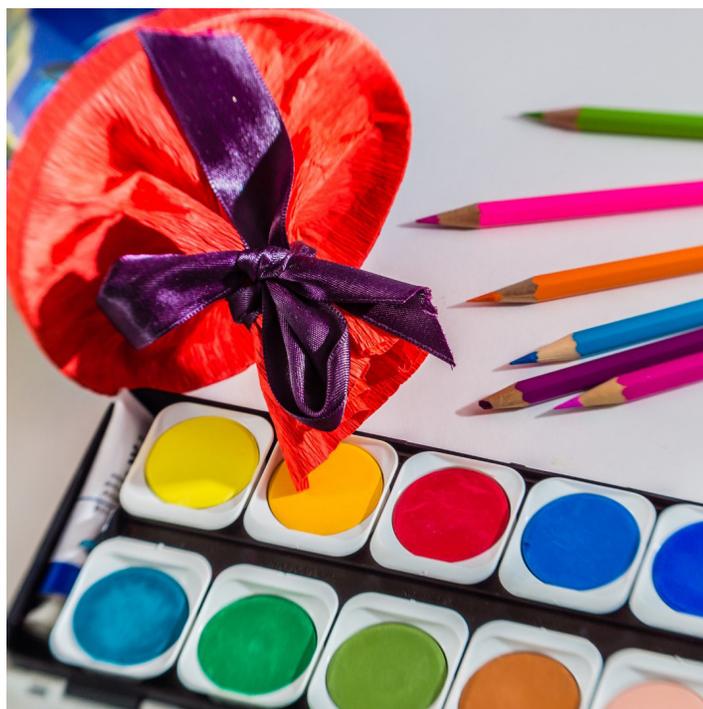
um und Schulämter die klare Verantwortung, sich in allen Bedrohungslagen - innerhalb und außerhalb von Schule - umgehend als Dienstvorgesetzte vor betroffene Lehrkräfte zu stellen. Ein Fachtag in der Region reicht hier bei weitem nicht aus!

Um der zunehmenden rechten Dominanz wirkungsvoll entgegenzutreten, müssen Bildungsverwaltung, politische Mehrheiten und Kommunen fest an der Seite von Lehrkräften stehen. Es müssen Strafanzeigen ge-

prüft, vor Ort gehandelt und Netzwerke aufgebaut werden.

Das wird DIE LINKE aktiv unterstützen. Zudem regen wir eine gemeinsame Sitzung des Bildungs- und Innenausschusses an, um landespolitische und ausschussübergreifende Konsequenzen zu treffen.

*Kathrin Dannenberg
Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik, Minderheitenpolitik, Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg*



Aktion: ABC... Vorfreude ungeteilt?

Ende August starten wieder erwartungsvolle ABC-Schützen in ihr neues Leben und freuen sich auf Zuckertüte, Ranzen, Hefte und so vieles mehr. Für zahlreiche Eltern ist diese Vorfreude ihrer Kinder verbunden mit Sorgenfalten, denn Schule kostet, am Start aber auch danach. Kai Noack von der Cottbusser Tafel weiß dies von etwa 25 Familien seines Versorgungsbereiches (genau so viele sind es in Schmellwitz) für die der Schulstart mit finanziellen Problemen verbunden ist. Hier eine kleine Freude zu bereiten

hat sich die Cottbusser LINKE vorgenommen. Um 25 „Zuckertütchen“ mit Nützlichem packen zu können, bitten wir euch, liebe Genossinnen und Genossen, gern auch unsere parteilosen Leserinnen und Leser, um einen kleinen finanziellen Beitrag.

Gern könnt ihr mich anrufen, wenn wir uns über den Weg eurer Spende in unsere Spendenbüchse verabreden wollen: Sonja Newiak, 0179 7783896 oder Email sofri@newiak.de. Bis zum 20. August sollte dann alles beisammen sein.

Strukturwandel

Bundesregierung reißt Frist - linkes Positionspapier

Zum 30. Juni 2023 ist es gesetzlich vorgeschrieben, den Strukturwandel in den Kohlerevieren mit Fokus auf Wertschöpfung, Arbeitsmarktsituation und das kommunale Steueraufkommen zu evaluieren (Investitionsgesetz Kohleregionen, § 26). Die Federführung liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Aus diesem Anlass präsentieren die Fraktionen der LINKEN in den Kohlerevieren pünktlich zum Stichtag ein gemeinsames Positionspapier. Darin fordern sie mehr Bürgerbeteiligung, schärfere Förderkulissen zugunsten nachhaltiger und tarifgebundener Industriearbeits- und -ausbildungsplätze sowie eine dezentrale Energieerzeugung mit Stärkung der kommunalen Familie.

Bereits zum 15. August 2022 hatte die Bundesregierung eine Evaluierungsfrist verstreichen lassen. In § 54 fordert das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz eine Zwischenbilanz zu den Konsequenzen des Kohleausstiegs für die Versorgungssicherheit, die Zahl und installierte Leistung der von Kohle auf Gas umgerüsteten Anlagen, die Wärmeversorgung sowie die Strompreise.

Martin Schirdewan, Co-Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament

„Es markiert ein wirtschafts- und sozialpolitisches Versagen der Bundesregierung, dass sie erneut die gesetzlichen Fristen reißt und es offenbar nicht für nötig hält, die Öffentlichkeit rechtzeitig über den Stand und die Auswirkungen

des Strukturwandels im Hinblick auf die Kommunen, die Wirtschaft und die Arbeitsplätze zu informieren. Die Verunsicherung wächst und die extreme Rechte kocht darauf ihre braune Suppe. Umso dringender ist es, dass der nötige Umbau in den Braunkohlerevieren sozial gerecht gelingt und die Menschen dabei mitbestimmen können – schließlich geht es um ihre Arbeit und ihre Zukunft. Ein gelingender Strukturwandel wäre auch ein starkes Mittel zur Sicherung unserer Demokratie. Daher ist die Politik hier in der Verantwortung: Da sozialer Zusammenhalt und Klimaschutz für die ganze Gesellschaft wichtig sind, muss der Umbau auch öffentlich organisiert werden – und jetzt politische Priorität haben.“

Stimmen aus ostdeutschen Revieren

Anke Schwarzenberg, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg für Strukturwandel in der Lausitz, ländliche Entwicklung, Regionalplanung und Raumordnung:

„Wir müssen Vertrauen in Veränderung schaffen, Fachkräfte sichern und die weichen Standortfaktoren künftig stärker fördern, damit der Strukturwandel in der Brandenburger Lausitz gelingt. Die finanziellen Mittel vom Bund sind eine riesige Chance. Es braucht aber mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, damit die Menschen in der Lausitz den Strukturwandel selbst gestalten und nicht über ihre Köpfe hinweg erleben. Das schwächt auch

rechtsextreme Strukturen und stärkt die Demokratie. Dem Fachkräftemangel setzen wir gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und Mitbestimmung entgegen. Hieran sollte die Fördermittelvergabe künftig geknüpft werden. Entscheidend sind zudem die weichen Standortfaktoren wie Schulen, Kitas und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Wir können mit den Fördergeldern eine lebenswerte Lausitz für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Lassen wir sie viel stärker mitreden, mitdiskutieren und mitentscheiden.“

Antonia Mertsching, Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag für Strukturwandel, Nachhaltigkeit und Umwelt, sagt:

„Der Freistaat Sachsen hat es verpasst, eine erfolgreiche Regionalentwicklung anzustoßen und gemeinsam mit den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg eine länderübergreifende Strategie für das Lausitzer und das Mitteldeutsche Revier zu entwickeln. Stattdessen wurde ein Verfahren zur Verteilung der Strukturwandelmittel auf den Weg gebracht, das intransparent, wenig beteiligungsorientiert und zu wenig auf die Bedürfnisse der kernbetroffenen Gemeinden ausgerichtet ist. Ökologische Ziele spielen leider auch überhaupt keine Rolle. Wir fordern daher einen Neustart im Strukturwandel! Nötig sind eine konkrete Strategie, eine gerechtere Verteilung der Mittel, mehr Beteiligung – vor allem von Kindern und Jugendlichen –, sowie bessere Planungs- und Per-

sonalressourcen in den Gemeinden. Sonst wird es nichts mit dem eigenen Anspruch, europäische Modellregion der Transformation zu werden!“

Kerstin Eisenreich, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt für Strukturwandel, Agrar-, Energie-, Verbraucherschutzpolitik und ländliche Räume:

„Der Start in die Umsetzung der Gesetze zum Strukturwandel in Sachsen-Anhalt wurde ziemlich verstopft. Sehr spät wurden auf der Landesebene die Richtlinien erlassen und Entscheidungsstrukturen geschaffen, eine parlamentarische Begleitung fehlt bis heute. Fehlende Beteiligung der betroffenen Beschäftigten und Menschen im Revier vermitteln ihnen das Gefühl, dass erneut Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, der Strukturwandel als bedrohlich empfunden wird und das Vertrauen in den Erfolg des notwendigen Transformationsprozesses gering ist. Das muss sich aus unserer Sicht dringend ändern, auch weil die Prozesse weder transparent noch nachvollziehbar und damit nicht geeignet sind, diese als Vorbild für andere Transformationsprozesse zu nutzen.

Als Abgeordnete und Kommunalpolitikerin sehe ich in den Menschen und Kommunen das wichtigste Potenzial für den Strukturwandel. Ihre kreativen Ideen für die künftige Arbeits- und Lebenswelt müssen einfließen können. Das gilt insbesondere für die jungen Menschen, die eine Perspektive für ihre Zukunft in der Region brauchen und dabei selbst mit anpacken wollen. Nutzen wir dieses Potenzial!“

Das vollständige Positionspapier finden Sie im Internet: www.linksfraktion-brandenburg.de



Rückblick auf Konferenz „Mensch, Lausitz!“

Bürgerbeteiligung und Strukturwandel



Wie muss der Strukturwandel organisiert sein, damit er Mensch und Gesellschaft nützt? Das war die Leitfrage der „Mensch, Lausitz! Konferenz“, die am 30. Juni im Stadthaus sowie im Piccolo-Theater Cottbus stattfand. Über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Bereichen nahmen über den gesamten Tag verteilt an Vorträgen, Gesprächsrunden und einer Podiumsdiskussion teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Zivilgesellschaft, dem politischen Raum und kommunalen Verwaltungen setzten sich intensiv mit dieser Frage auseinander und suchten nach Lösungen, die den Herausforderungen des Strukturwandels gerecht werden.

Veränderungsmüdigkeit mit Stärkung der Demokratie begegnen

Einer der Höhepunkte der Veranstaltung war der Vortrag von Prof. Dr. Raj Kollmorgen von der Hochschule Zittau/Görlitz, der den Strukturwandel in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext betrachtete. Der Strukturwandel in der Lausitz



steht vor großen Herausforderungen, wie dem Kohleausstieg und dem Umbau der Industrie und Energiewirtschaft. Gleichzeitig herrscht in der Region eine gewisse Veränderungsmüdigkeit vor. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz diskutierten verschiedene Strategien, um die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen. Diese umfassen experimentelle Ansätze, die aus der Mitte der Regionen, aber auch in den Nischen entstehen, einen breiten Austausch über Ideen, Konzepte, Programme, Strategien und konkrete Instrumente sowie ein entscheidungsstarkes Handeln einer funktionierenden Verwaltung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Planungen zur Gigawattfactory: Kommunale Familie stärker einbeziehen

Im zweiten Teil der Konferenz fand eine Podiumsdiskussion zur geplanten Gigawattfactory der LEAG statt, die als größtes Zentrum erneuerbarer Energien auf den Bergbaufolgefleichen der Lausitz ent-



stehen soll. Insbesondere die kommunale Familie betonte die Notwendigkeit einer besseren Einbindung bei der Planung und Entscheidung über Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Darüber hinaus spielte die finanzielle Beteiligung an der Energiewertschöpfung eine wichtige Rolle, wie Anke Schwarzenberg, strukturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg betonte.

Die Organisatoren der Konferenz, die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg sowie die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus, bedanken sich bei den rund 50 Teilnehmenden, die über den gesamten Nachmittag an den verschiedenen Diskussionsrunden teilgenommen haben. Die vielfältigen Ideen, die während der Konferenz entstanden sind, werden in den kommenden parlamentarischen Tätigkeiten berücksichtigt und bilden für uns eine wichtige Grundlage für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz.

Anke Schwarzenberg, MdL

TERMINE



Sommer - Büroöffnungszeiten

Dienstag 11 - 15 Uhr
Mittwoch: **Soziale Bürgerberatung**
11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de

Liebe Friedensfreunde,

wir möchten euch herzlich zu einer besonderen Veranstaltung einladen, die dem Erinnern, Gedenken und der Forderung nach einer Welt ohne Atomwaffen gewidmet ist. *Unter dem Motto „Atomwaffen vernichten! Konsequenter Abrüsten! Erinnern und Gedenken Hiroshima & Nagasaki“ veranstalten wir eine Mahnwache am 9. August ab 15:30 Uhr.*

Die Veranstaltung findet am Stadtbrunnen statt und wird von einer szenischen Lesung begleitet. Wir möchten an die schrecklichen Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki erinnern und ein starkes Zeichen für eine friedliche Zukunft, frei von Atomwaffen setzen. Es ist uns wichtig, das Bewusstsein für die Gefahren von Atomwaffen zu schärfen und auf die Notwendigkeit einer konsequenten Abrüstung hinzuweisen.

Diese Veranstaltung wird von der Linksjugend Lausitz und Engagierten aus der Region organisiert. Als Teil der Friedensbewegung und unserer geschätzten Friedensfreunde möchten wir euch besonders dazu ermutigen, euch uns anzuschließen und gemeinsam ein starkes Signal für den Frieden zu setzen. Gemeinsam können wir eine Welt schaffen, in der Atomwaffen keine Rolle mehr spielen.

Wir hoffen sehr, dass ihr teilnehmen könnt und danken im Voraus für euer Engagement.

Mit herzlichen Grüßen
Linksjugend Lausitz